

Union in Deutschland

Informations-Dienst

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands

Zahlungen an Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstraße 14, Postscheckkonto Köln 36531 und Bankverein Westdeutschland, Filiale Bonn 7487

Nr. 62

Bonn, den 6. August 1952

VI. Jahrg.

Die Saarfrage im europäischen Spannungsfeld

Zwischen den Beratungen

Die schnelle Ratifizierung der europäischen Vertragswerke in England, die in der innerpolitischen Stellungnahme ähnliche Situationen erbrachte, wie sie die Debatte der ersten Lesung im Deutschen Bundestage aufwies, hat in Deutschland starke Beachtung gefunden und den Willen zu Europas Gestaltung und Schutz in den politisch verantwortlichen Kreisen noch gestärkt. Man ist sich in der Bundesrepublik in besonderem Maße der Verpflichtung bewußt, die Saarfrage, die sich etwas überraschend mit ihrem ganzen politischen Gewicht in den Vordergrund geschoben hat, nicht als nationales Problem, sondern eben in ihrem europäischen Zusammenhang zu sehen, aus dem heraus ja auch Außenminister Schuman sie in Paris zur Diskussion stellte.

Die deutscherseits genannten Voraussetzungen für eine „Europäisierung“ an der Saar — freie demokratische Willensentscheidung der Saarbevölkerung, Klärung des saarländischen Status, Wunsch nach einem nationalstaatlichen Opfer auf beiden Seiten — sind nicht aus nationalem Egoismus, sondern nur aus dem Willen heraus zu verstehen, eine europäische Lösung zu finden. Als europäisch echte Lösung kann aber nur eine solche angesehen werden, hinter der sich nicht nationalistische Sonderinteressen verbergen. Nicht europäisch ist z. B. der Geist, der aus den angeblichen Thesen der Regierung Hoffmann spricht, weil hier nur eine europäische Bemäntelung des bisherigen, einseitig den französischen Ansprüchen Rechnung tragenden Zustandes versucht würde.

Daß bei der starken Reizbarkeit der nationalen Empfindungen gerade auf diesem Gebiete die Staatsmänner Adenauer und Schuman vor einer besonders schwierigen Aufgabe stehen, zeigt jeder Blick in die Zeitungen der beiden Länder und in die parlamentarischen Gruppierungen. Zunächst dürfte bei den Verhandlungen die Frage der Wahlen und die Sicherstellung der demokratischen Rechte im Vordergrund stehen. Man sollte meinen, daß Frankreich in der Position auf der Siegerseite es leichter hätte, zuerst an Europa und dann erst an die restlose Bewahrung eines unter ganz anderen Verhältnissen errungenen, rechtlich sehr strittigen Vorteils zu denken. Aber tatsächlich scheint auf deutscher Seite der Wille zum Opfer für das Ganze doch stärker ausgeprägt zu sein, sicherlich nicht nur aus ethischer Verpflichtung, sondern weil Deutschland in seiner unmittelbar gefährdeten und zerrissenen Lage auch das stärkste Interesse an der baldigen Verwirklichung Europas hat. In den Vereinigten Staaten hat man dieses akute und reale Interesse der Bundesrepublik erkannt und ist daher geneigt, die

politischen Hebel auch in der Saarfrage mit besonderem Nachdruck anzusetzen. Dabei spielt der gerade bei der französischen Mentalität trotz aller Ressentiments und Sicherheitsbefürchtungen sicherlich berechnete Glaube der USA-Politiker an den gesunden Menschenverstand eine große Rolle, wie ihn Mc. Cloy in seinen Abschiedsworten vor der Presse in Bonn so drastisch zum Ausdruck brachte.

So liegt denn auch trotz der so schnellen Beendigung der ersten Fühlungnahme zwischen Staatssekretär Hallstein und Minister Schuman kein Grund zu ernsthafter Besorgnis vor. Es ist nur natürlich und für jeden Kenner diplomatischer Arbeitsmethoden begreiflich, daß zunächst für ein umfangreiches Verhandlungsprogramm die Hauptpunkte konkret abgesteckt und in ihrer beiderseitigen Anerkennung als Verhandlungsgrundlage mit den maßgebenden Faktoren der Politik abgestimmt werden müssen. Wenn man dabei in Bonn und Paris zunächst etwas schweigsam ist, so entspricht das der Lehre aus früheren Erfahrungen und ist bei einem so heiklen Thema und den Reizbarkeitsfaktoren in den beiderseitigen politischen Bereichen verständlich.

Im übrigen schwebt über diesen Verhandlungen Europa, nicht nur als ideelle, moralische Verpflichtung, sondern mit dem Datum der Septemberverhand-

lungen im Europarat über die deutsche Saarbeschwerde auch als sehr konkrete Mahnung. Es könnte an sich zwei Wege geben, den für Europas Integration gefährlichen und für die Idee einer Verteidigung westlich-demokratischer Lebensform als Fremdkörper störenden Saarkomplex zu beseitigen: Die Zurückstellung der Saarfrage bis zu ihrer späteren Überwindung aus der fortgeschrittenen europäischen Konzeption heraus oder die vorherige Behandlung und Heilung der Wunde. Minister Schuman hat den zweiten Weg gewählt, der grundsätzlich wahrscheinlich auch bei der Mehrheit des deutschen Volkes Anklang findet. Er hat die technisch-politische Frage der europäischen Hauptstadt zum Anlaß genommen und dabei den Wunsch nach „Europäisierung“ wieder aufgegriffen.

Hier setzen die deutschen Bedenken ein. Minister Schumans Wunsch wäre nicht zu erfüllen, wenn er, wie schon gesagt, nur eine „façon de parler“ im Sinne des Herrn Hoffmann wäre. Seine Verwirklichung würde aber zum Segen werden, wenn der Grundsatz der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung, wie er auch den europäischen Verträgen zugrunde liegt, bestimmend werden würde. Dann könnte mehr als nur ein taktisches Provisorium erreicht werden, nämlich ein ermutigender und treibender Impuls auf allen Gebieten des europäischen Aufbaues, und noch dazu ein Vorbild westlich-demokratischer Politik in der Behandlung strittiger Probleme zwischen den Staaten mit einer günstigen Rückwirkung im westöstlichen Spannungsfeld der großen Politik.

Praktische Zusammenarbeit nötig

Nach der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes durch den Bundesrat kann das Gesetz nun bald in Kraft gesetzt werden. Nach der dritten Lesung im Bundestag hatte die SPD bekanntlich alle Hoffnungen auf einen Widerspruch des Bundesrates gesetzt und sich von dem geschlossenen Einsatz der sozialdemokratischen Länderregierungen und dem Anrufen des Vermittlungsausschusses eine wesentliche Verzögerung, wenn nicht gar eine Verhinderung des Inkrafttretens versprochen. Der Bundesrat hat sich weder von den ablehnenden Länderregierungen noch von Drohungen beeindruckt lassen. Er hat der neuen Betriebsverfassung vielmehr mit sachlichem Blick für die Vorteile, die das Gesetz der Arbeitnehmerschaft bringt, seine Zustimmung gegeben und den Arbeiter damit in den Genuß sozialer Fortschritte gebracht, die ihm eine „Alles-oder-Nichts“-Politik auch weiterhin vorenthalten wollte.

Der DGB wäre gut beraten, wenn er sich nun die Auffassung zu eigen machte, von der die Haltung des Bundesrates ebenso wie die des Bundestages bestimmt war. Der Abgeordnete Sabel kennzeichnete sie, als er

bei der Verabschiedung des Gesetzes im Bundestag erklärte: „Es ist kein Gesetz für die Ewigkeit, aber es ist eine solide Grundlage für eine Weiterentwicklung“.

Auch die Gewerkschaften müssen zugeben, daß das Gesetz in ein Neuland vorgestoßen ist, auf dem es noch manche Erfahrung zu sammeln gilt. Das wird nur dann möglich sein, wenn alle Beteiligten, Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, mit gutem Willen an die praktische Anwendung der Bestimmungen herangehen. Es ist höchste Zeit, sich endlich aus der Atmosphäre der Kampfstimmung zu lösen, um die Auswirkung des Gesetzes nicht zu behindern.

Ganz verfehlt wäre es, wenn der DGB das Gesetz nun etwa wie ein Diktat auf sich nähme. Er würde damit nicht nur den ehrlichen Willen des Partners mißachten, sondern auch die Fortentwicklung höchst negativ beeinflussen. Eine noch bessere Lösung aller in der Debatte um die Betriebsverfassung behandelten Fragen kann sich nur aus der sachlichen und einträchtigen Zusammenarbeit beider Sozialpartner ergeben. Der Weg ist nun frei.

Europäer von amtswegen

Die von deutscher Seite beauftragten Mitglieder der Hohen Behörde der Montanunion gehören als europäische Beamte zu den ersten Europäern von amtswegen. Der Bundestagsabgeordnete Etzel, der sich als Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft einen Namen im deutschen und europäischen Wirtschaftsleben geschaffen hat, zeichnet sich durch Klarheit der Konzeption und umfassende Sachkenntnis aus. Hinzu kommt sein großes Verhandlungsgeschick. Auch der Gewerkschaftler Potthoff erfreut sich von seiner Tätigkeit in der Ruhrbehörde her eines ausgezeichneten internationalen Rufes. Etzel nimmt im folgenden zu seiner kommenden Aufgabe Stellung:

Der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ist in Kraft getreten. Eine neue Entwicklung der Beziehungen zwischen den europäischen Staaten ist damit angebahnt: Der supranationale Charakter der Gemeinschaft erlaubt ihr eine unmittelbare Einwirkung auf die Regierungen der Mitgliedstaaten, aber auch unmittelbar auf die beteiligten Unternehmungen. Der Hohen Behörde der Montanunion sind damit Vollmachten zugeteilt worden, wie sie bisher keine andere Stelle hatte. Von der Tätigkeit ihrer neun Mitglieder und deren Mitarbeiter wird vor allem abhängen, ob das kühne Wagnis der Gründung der Montanunion, zu dem sich sechs bedeutende Staaten bekannt haben, mißlingen wird, oder ob sein Gelingen den Weg bereiten wird zum ersehnten Ziele eines vereinten Europas.

Es war daher ein wichtiges Anliegen aller Unterzeichnerstaaten, dafür zu sorgen, daß die Hohe Behörde ihre Tätigkeit in „voller Unabhängigkeit im allgemeinen Interesse der Gemeinschaft“ ausübt. Ihre Mitglieder dürfen daher keine Anweisungen von Regierungen oder anderen Stellen einholen oder entgegennehmen und haben jede Handlung zu unterlassen, die mit dem überstaatlichen Charakter ihrer Tätigkeit unvereinbar ist. Diese Vorschrift bedeutet aber nicht, daß jeder einzelne sich bemühen soll, sein Vaterland zu vergessen und alles das, was ihm durch Bindungen an sein Volk an besonderen Werten mitgegeben wurde, abzulegen. Es ist ja gerade ein besonderer Vorzug dieser neuen Behörde, daß dort Menschen zusammenarbeiten werden, die aus verschiedenen Ländern und verschiedenen Berufen stammen. Jeder wird seiner Eigenart entsprechend besondere Erfahrungen und Ansichten beisteuern können und auf diese Weise dafür sorgen, daß die Hohe Behörde keine der vielfältigen Interessen der Gemeinschaft aus den Augen verliert. Die neun Mitglieder der Hohen Behörde hören mit Aufnahme ihrer Tätigkeit gewissermaßen auf, Franzosen, Italiener oder Deutsche zu sein, sie werden alle „Europäer von amtswegen“.

Die Hohe Behörde wird ihre Verwaltungsarbeit nicht ohne einen ausreichenden Stab von Mitarbeitern durchführen können. Nur sie allein ist für die Auswahl ihrer Mitarbeiter verantwortlich. Den Mitgliedstaaten ist jeder Einfluß hierauf entzogen; sie haben allenfalls die Möglichkeit, die Arbeit der Hohen Behörde durch geeignete Vorschläge zu unterstützen. Nicht die nationale Herkunft, sondern allein die fachliche Eignung wird für die Auswahl dieser internationalen Beamten entscheidend sein. Sie sind, genau wie die neun Mitglieder der Hohen Behörde selber, verpflichtet, ihre Arbeit nur nach dem Wohl der gesamten Gemeinschaft auszurichten. Hierüber zu wachen, ist eine der vornehmsten Aufgaben der Hohen Behörde. Dem supranationalen

Charakter der Hohen Behörde entspricht die richterliche Aufsicht durch einen dem Einfluß der Mitgliedstaaten entzogenen Gerichtshof und ihre demokratische Kontrolle durch ein supranationales Organ, die Versammlung. Auch auf diese Weise ist also für die Unabhängigkeit der Funktionäre von einzelstaatlicher Beeinflussung gesorgt.

Durch diese Rechtsvorschriften allein ist natürlich die europäische Gesin-

Unruhe im BHE

Der Linkskurs, den der BHE in der niedersächsischen Regierungskoalition mitmachen muß, hat zu einer tiefgehenden Beunruhigung innerhalb dieser Parteigruppe geführt. Das Ausscheiden des zweiten Landesvorsitzenden Dr. Schulz und des erst vor einigen Wochen beim außerordentlichen Landesparteitag in Neustadt zum dritten Landesvorsitzenden gewählten Abgeordneten Erbacher hat die Anhänger des BHE aufhorchen lassen. Die Unruhe steigerte sich, nachdem auch der Abgeordnete Büchler den gleichen Schritt vollzog, weil er die seit einem Jahr vom Landesvorsitzenden Minister von Kessel betriebene Politik nicht mehr vertreten konnte. Auf einer Tagung des Landes Ausschusses in Hannover sind die Meinungen hart aufeinander geprallt, ebenso in einer Sitzung des Landesvorstandes, zu der auch die Mitglieder der Landtagsfraktion eingeladen waren. Minister Kraft wendete sich bei dieser Gelegenheit scharf gegen die Abgeordneten Erbacher und Büchler. Der Bezirk Hildesheim forderte den Rücktritt des Ministers von Kessel als erster Landesvorsitzender. Der

Landesausschuß beschloß, bei den Kreiswahlen im Spätherbst eigene Listen aufzustellen und sich nicht an gemeinsamen Listen der bürgerlichen Parteien und den Mittelstandsblocks zu beteiligen.

Die „Niederdeutschen Stimmen“ glauben daraus schließen zu können, daß hiermit eine Art Vorentscheidung für die Absichten der BHE-Führung bei den Bundestagswahlen getroffen worden ist. Es wird dabei auf die Absprachen zwischen Minister Kraft und Dr. Schumacher hinsichtlich der Bundespolitik hingewiesen. Ministerpräsident Kopf hat in diesem Zusammenhang seine Neigung zu erkennen gegeben, um einer künftigen Zusammenarbeit auf Bundesebene willen auch personalpolitisch dem BHE entgegenzukommen. Die Wähler des BHE sind allerdings der Ansicht, daß mit der Verwaltung von Ministerien kein echtes politisches Programm ersetzt noch politische Erfolge auf der Landesebene garantiert werden können. In der Wählerschaft des BHE besteht noch weniger Verständnis für ähnliche Aspirationen auf Bundesebene.

Der Fall Gereke

Zu den mysteriösen Vorgängen um die Person Dr. Gerekes schreiben die „Niederdeutschen Stimmen“:

„Die außerordentliche Länge seiner Rede auf der Pressekonferenz in Berlin und einzelne Wendungen sind kennzeichnend für Gereke. Andererseits lassen die äußeren Umstände und typisch sowjetzonale Schlagworte den Verdacht zu, daß seine Erklärung, er habe sich freiwillig entschlossen, in der Ostzone zu bleiben, nicht ganz den Tatsachen entspricht. Immerhin ist Gereke vor einigen Jahren in der Uniform eines englischen Obersten aus eben dieser Ostzone entwichen, um dann allerdings mehr und mehr eine Politik zu verfechten, die gerade den Ostzonenpolitikern nur sympathisch sein konnte. Gereke, der sich in Niedersachsen überraschend schnell nach vorne gespielt hatte, wobei ihm die zunächst wenig gewogene SPD und ihr Ministerpräsident in der Folgezeit zu manchem Dank verpflichtet waren, so daß sogar Dr. Schumacher ihn im geheimen empfing, hatte seit seiner Fehlspekulation über den Ausgang der Bundestagswahl im Jahre 1949

einen Mißerfolg nach dem anderen zu verzeichnen, bis ihm die bekannte Konserventeilsreise und sein Händedruck mit Ulbricht in Berlin nach dessen berüchtigter Oder-Neiße-Erklärung den Hals brach.

Der sonst in allen politischen Sätteln so gewandte Gereke hat sich von diesem Sturz nie wieder erholt. Weder die mit großen Geldmitteln gestartete Deutsch-Soziale Partei noch die von seinem Neffen Schauss mit ebenso geheimnisvollen Mitteln gestartete Zeitschrift „Deutscher Weg“ erfüllten die Hoffnungen, die Gereke und wohl mehr noch seine Hintermänner gebegt hatten.

Ein hannoverscher Gerichtshof gab ihm in offener Verkenning dieser Hintergründe noch einmal eine im Schatten der jetzigen Ereignisse geradezu groteske Möglichkeit, als nationaler Mann und möglicher Retter des Vaterlandes in Erscheinung zu treten. Dann kam wie in einem billigen Groschenroman das Ende: Die sowjetzonalen Machthaber bemächtigten sich des Mannes, von dessen weiterer Rolle im Westen sie sich, wenn nicht alles täuscht, für sich keinen Vorteil mehr versprochen.“

A IV n Landtagswahlen

Nachwahl im Landkreis Pinneberg-Nord

Bei der Landtagsnachwahl im schleswig-holsteinischen Wahlkreis Pinneberg-Nord wurde am 3. August der Gewerkschaftssekretär Sellmann (SPD) mit 9 480 Stimmen vor dem Kandidaten des Wahlblocks (CDU/FDP/DP) Stadtrat Heinrich Cohrs (DP) gewählt, der 8 310 Stimmen erhielt. 1950 lag die Deutsche Partei bei den Landtagswahlen noch mit 12 078 Stimmen vor der SPD, die 10 390 Stimmen erhalten hatte. Die Nachwahl war durch den Tod des DP-Abgeordneten Georg Cohrs notwendig geworden. Nach dem vorläufigen Endergebnis haben von den 37 913 Wahlberechtigten 62,4 Prozent ihre Stimme abgegeben. Der BHE erhielt 4 276, die Universal-Demokratische-Union 374 und der als Parteiloser kandidierende Vorsitzende der „Bruderschaft Deutschland“ Helmut Beck-Broichsitter, 588 Stimmen.

6. August 1952

A IV 1 d Kommunalwahlen

Kommunalwahlen am 9. November

Auf Anordnung der Landesregierung werden in Nordrhein-Westfalen die Gemeindewahlen am 9. November durchgeführt. Am gleichen Tage werden auch in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen die Kommunalwahlen stattfinden. — Die durch den Tod des früheren preußischen und Reichsinnenministers Dr. Carl Severing im Wahlkreis Bielefeld erforderlich gewordene Nachwahl zum Landtag von Nordrhein-Westfalen soll am 31. August abgehalten werden.

6. August 1952

A IV 6 1 Gewerkschaften

KAB warnt den Gewerkschaftsbund

Der Erweiterte Verbandsausschuß der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) hat am 31. Juli das Betriebsverfassungsgesetz einstimmig als „wesentlichen Fortschritt“ gegenüber dem bisherigen Zustand begrüßt. Bundestagsabgeordneter Even (CDU) wandte sich gegen die Äußerung Fettes vor der Gewerkschaftsjugend in Frankfurt, wer nicht wählen könne, müsse wählen. Even verurteilte scharf den angekündigten Kurs des DGB, bei der kommenden Bundestagswahl eine bestimmte Interessenpolitik zu treiben. Er nannte das Betriebsverfassungsgesetz einen „Baustein zur Neuordnung unserer Wirtschaft“. Nachdrücklich stellte er fest, daß das Gesetz die sozialen Rechte der arbeitenden Menschen wesentlich erweitere. Ebenso nachdrücklich wies er aber auch darauf hin, daß die Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit im Rahmen dieses Gesetzes das gegenseitige Vertrauen der Sozialpartner sei, „deren Funktionen bei aller Mitbestimmung erhalten bleiben mußten, wenn wir nicht eine anonyme Macht schaffen wollten, die im Ernstfalle nicht zur Verantwortung hätte herangezogen werden können.“ Der Verbandsvorsitzende, Landtagspräsident Gockeln (MdB), empfahl dem Ausschuß, vom Deutschen Gewerkschaftsbund eine Stellungnahme zu den Erklärungen des SPD-Abgeordneten Ollenhauer in der Bundestagsdebatte über das Betriebsverfassungsgesetz zu verlangen. Da die SPD „in unverschämter Weise ihre Identität mit dem DGB proklamiert“ habe, müsse der DGB erklären, daß er die SPD hierzu nicht ermächtigt habe. Gockeln warf dem DGB vor, nicht alle Vermittlungsmöglichkeiten ausgenutzt zu haben. Verbandspräsident Dr. Schmitt stellte fest, es habe stutzig gemacht, daß Ollenhauer im Namen und im Auftrage des DGB gesprochen habe, und Christian Fette, ein Wort des Kanzlers zur nächsten Bundestagswahl aufgreifend, erklärt habe, man werde bei dieser Wahl auf die Kandidaten sehen, wie sie sich für das Betriebsverfassungsgesetz eingesetzt hätten.“ Wenn sich der DGB nach dieser Seite hin festlegen würde, dann wäre für uns die Gewissensfrage gegeben.“ In einer Entschließung billigte der KAB-Verbandsausschuß ferner einstimmig die „Schritte, die die Bundesregierung zur Schaffung einer europäischen Zusammenarbeit unternommen hat“, darunter den Schumanplan und den EVG-Vertrag.

6. August 1952

A IV 1 a Allgemeines

Farbe bekennen

Vor etwa 25 000 Pfälzer Katholiken erklärte Bundestagsabgeordneter Dr. Jäger (CSU) am 27. Juli in Kaiserslautern zum „Gesetz gegen die Verbreitung jugendgefährdenden Schrifttums“ (Schmutz- und Schundgesetz), es sei im Rechtsausschuß des Bundestages unmittelbar vor den Parlamentsferien allein mit den Stimmen der CDU/CSU bei Stimmenthaltung aller anderen Fraktionen angenommen worden. Man werde im Plenum jeden Abgeordneten zwingen, Farbe zu bekennen und deshalb namentliche Abstimmung fordern. Jeder Abgeordnete müsse sich entscheiden, ob er es mit den Herstellern der Magazine und ihrem zweifelhaften Gelderwerb halte oder mit der deutschen Jugend und ihrer Not. „Wer sich diesem Gesetz versagt, kann sich nicht mehr als Vertreter der Jugend oder gar des christlichen Volkes bezeichnen, stehe er, wo er wolle.“

6. August 1952

AI a Verteidigungsbeitrag

Ohne Auftrag der Katholischen Jugend

Die Hauptstelle der Deutschen Katholischen Jugend teilt mit: „Ein kleiner Kreis von Angehörigen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend sucht durch Erklärungen an die Presse im Anschluß an ein Treffen in Essen am 12./13. 7. 1952 den Anschein zu erwecken, als handele es sich bei der „Stellungnahme zum deutschen Verteidigungsbeitrag“, die in Übereinstimmung mit der Bundesführung von der Delegation des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in der Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes in Elmstein abgegeben wurde, um eine Erklärung, zu der diese Delegation nicht legitimiert gewesen sei und die im Widerspruch zu der Auffassung weiter Kreise des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend stehe. In Wirklichkeit fußt diese Stellungnahme auf dem Ergebnis zahlreicher Führungsbesprechungen, Studienkonferenzen, Aussprachen und Befragungen innerhalb des gesamten Bundes. Der Gewissensfreiheit jedes einzelnen Mitglieds entsprechend, ist an keiner Stelle der Anspruch erhoben worden, die Stellungnahme als Meinung ausnahmslos aller Bundesmitglieder zu werten. Sie stellt jedoch die Auffassung der verantwortlichen Bundesführungsstellen dar und kann — das hat die Zustimmung auf vielen Tagungen und Kundgebungen vor und nach Bekanntgabe der Stellungnahme bewiesen — ohne jeden Zweifel auch als die Auffassung der großen Mehrheit der Bundesmitglieder angesehen werden. Demgegenüber müssen die Erklärungen des in Essen gegründeten sogenannten „Arbeitskreises katholischer Jugend gegen die Wiederaufrüstungspolitik“ als propagandistische Irreführung bezeichnet werden. Der Bundesführung und den befragten Führungsstellen im Lande ist bis heute von Protestaktionen nichts bekannt geworden. Selbst die 78 „Gründungsmitglieder“ des Essener Arbeitskreises, deren Mitgliedschaft im Bund der Deutschen Katholischen Jugend teilweise zweifelhaft ist, haben bislang der Hauptstelle in Altenberg keinen offiziellen Protest zugehen lassen. Bei den beiden Unterzeichnern der Einladung zum Essener Treffen handelt es sich im übrigen um junge Männer, die im Rahmen des kommunistisch gesteuerten „Arbeitskreises der Jugend gegen die Rekrutierung der Jugend in Nordrhein-Westfalen“ ihrer Auffassung über den deutschen Verteidigungsbeitrag Geltung zu verschaffen suchten, obgleich sie durch rechtzeitige mehrfache Information über den politisch fragwürdigen Charakter dieses Arbeitskreises gewarnt waren.“

6. August 1952

AI c Saargebiet

Saar-CDU drängt auf Entscheidung

Die saarländische CDU hat am 31. Juli einen Beschwerdebrief an Ministerpräsident Hoffmann gerichtet und darin ihre Überzeugung ausgedrückt, daß nicht das saarländische Innenministerium, sondern allein die Regierung des Saarlandes über die Zulassung politischer Parteien zu entscheiden habe. Die CDU erklärt in diesem Zusammenhang, das zu spät erlassene Parteiengesetz und dessen Handhabung durch die Saarregierung trügen die Schuld, wenn sich die Partei bei den kommenden Herbstwahlen nicht beteiligen könnte. Die CDU erwarte ihre sofortige Registrierung.

6. August 1952

A IV 1 e Kirchen

Forderungen der Kirche an den Staat

Auf der Vollversammlung der lutherischen Weltbundtagung in Hannover faßte der norwegische Bischof Berggrav in seinem Vortrag „Staat und Kirche in lutherischer Sicht“ die Forderungen, die die Kirche in legitimer Weise an den „Staat“ stellen müsse, in vier Punkten zusammen: 1. Sie beanspruche die volle Freiheit nicht nur der Verkündung des Wortes, sondern auch der Betätigung christlicher Liebe am Mitmenschen, und sie dürfe sich nicht damit zufrieden geben, daß das Kultische sichergestellt werde. 2. Die Kirche könne nicht dulden, daß der Staat ihren Dienst für weltliche Zwecke zu benutzen versuche; sie dürfe nicht zum Werkzeug irdischer Machtpolitik werden. 3. Das Erziehungsrecht müsse prinzipiell bei den Eltern bleiben. Die freie Zeit der Jugendlichen dürfe nicht restlos von den staatlichen Organen beschlagnahmt werden. 4. Niemandem, weder Kinder noch Eltern, dürfe durch den Staat etwas aufgezwungen werden, was gegen Gottes klare Gebote gehe. „Ein Staat, der selbstherrlich bestimmen will, was gut und böse ist, muß sich folgerichtig als Heilseinrichtung verstehen, und dann ist die Vergötzung des Staates offenbar.“

6. August 1952

A III 1 f Zentrum

Geschlossene christliche Front in Niedersachsen

Zu dem Wahlabkommen zwischen CDU und Zentrum in Niedersachsen (vgl. UID Nr. 60 vom 30. Juli 1952) erfährt die Osnabrücker „Neue Tagespost“ von zuständiger CDU-Seite: „Nach wiederholten Verhandlungen zwischen CDU und Zentrum hat die Zentrumsparlei in Niedersachsen sich am 26. Juli zu örtlichen Wahlabkommen für die kommenden Kreis- und Gemeindevahlen bereit erklärt. In einer Konferenz des erweiterten Landesvorstandes der Zentrumsparlei unter Vorsitz von Dr. Krapp, an der auch der Parteivorsitzende Johannes Brockmann teilnahm, wurde in einer einstimmig angenommenen Erklärung dazu gesagt: „Um dem christlichen Volksteil bei den kommenden Kommunalwahlen den größtmöglichen Erfolg zu sichern, ist das niedersächsische Zentrum zu örtlichen Wahlabkommen bereit.“ Damit wurde einer Forderung der christlichen Wählerschaft entsprochen, die den unfruchtbaren Bruderkampf leid ist. Die CDU hat diese Erklärung freudig begrüßt, weil nunmehr der Weg freigemacht worden ist für die Vorbereitung gemeinsamer Listen bei den Kreis- und Gemeindevahlen. Unverständlich erscheint eine Berichtigung von angeblich „falschen Behauptungen“ in der Presse. Wenn in der obigen Erklärung auch die CDU nicht eigens erwähnt wird, so dürfte es angesichts der politischen Verhältnisse in Niedersachsen und entsprechend den vorausgegangenen Verhandlungen absolut klar sein, daß es sich um eine Zusammenarbeit von CDU und Zentrum handeln muß, wenn das Ziel einer Stärkung der christlichen Kräfte bei den Kommunalwahlen erreicht werden soll. Es ist zu hoffen, daß alle verantwortlichen Männer und Frauen in beiden Parteien im Geiste der Versöhnung sich zusammenfinden. Dabei sollen — wie schon bekanntgegeben wurde — andere Gruppen mit einbezogen werden. Wichtigste Voraussetzung ist eine Übereinstimmung in den kulturellen Fragen!

6. August 1952

A IV 6 e Mitbestimmungsrecht

Arbeitgeber wollen Zusammenarbeit

Nach der vom Bundesrat erteilten Zustimmung zum Betriebsverfassungsgesetz hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände eine Erklärung herausgegeben, in der es heißt: „Mit der Zustimmung des Bundesrates haben die verfassungsmäßig berufenen gesetzgebenden Körperschaften die Entscheidung über das einheitliche Betriebsverfassungsrecht in der deutschen Bundesrepublik getroffen. Es ist Pflicht in einer demokratischen Ordnung, bei der Durchführung des Gesetzes dieser Entscheidung gemäß zu handeln. Unter Zurückstellung aller Einwendungen, die auch die Arbeitgeber gegen das beschlossene Gesetz geltend zu machen haben, wird deshalb die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Arbeitgeber auffordern, dem Geist des Gesetzes gemäß durch Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmern dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt und damit dem sozialen Frieden zu dienen.“

6. August 1952

C b CSU

Beschlüsse der CSU-Bezirksvorstandschafft Oberbayern

Die Vorstandschafft des Bezirksverbandes Oberbayern der CSU, die unter Vorsitz von Dr. Hundhammer in München tagte, faßte im Hinblick auf die Bundestagswahl des kommenden Jahres mehrere wichtige Beschlüsse. So wurde festgelegt, daß die Wahlvorbereitungen der CSU in Oberbayern nach dem Grundsatz des selbständigen Vorgehens getroffen werden; sollten sich in einzelnen Wahlkreisen Situationen ergeben, die ein Zusammengehen mit anderen nichtsozialistischen Parteien möglich und wünschenswert erscheinen lassen, so muß der Bezirksverband jeweils vor einem solchen Abschluß gehört werden. Bereits bis zum Monat Oktober sollen die oberbayerischen CSU-Kreisverbände Klarheit über die Kandidaturen schaffen, damit alle Bewerber während des Winters in der Versammlungs- und Organisationsarbeit voll eingesetzt werden können. Dr. Hundhammer ging in einem kurzen, politischen Bericht insbesondere auf die letzte Landtagswoche ein und äußerte seine Befriedigung über die vom Ältestenrat einstimmig vorgenommene Billigung seiner Erklärung, mit der er — wie es in der Presse hieß — den „Proteststurm des Landtages gegen seine Amtsführung“ erledigen konnte. Die Versammlung gab ihrer Freude und Anerkennung Ausdruck, daß die CSU-Fraktion durch ihre Geschlossenheit und ihre klare Haltung in der letzten Woche der Landtagssession mit Erfolgen sondergleichen abschließen konnte, indem sie sich sowohl mit der Reform des Ehegesetzes durchsetzte, die Anträge auf die Einführung von Spielbanken und auch die Abberufung des Staatsintendanten Lippel zunichte machen konnte, obwohl in den Ausschüssen in den beiden ersten Punkten schon gegenteilige Beschlüsse zustande gekommen waren. Die Sitzung schloß mit der Abgabe eines einmütigen Vertrauensvotums für Bezirksvorsitzenden Dr. Hundhammer durch die Bezirksvorstandschafft Oberbayern der CSU.

A 8 b Berlin

Hilferuf Lemmers an Adenauer

Der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion im Stadtparlament, Ernst Lemmer, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem persönlichen Schreiben gebeten, einen Teil der vom Bund für den Flüchtlingslastenausgleich bereitgestellten 30 Millionen D-Mark ohne Anrechnung auf die bisher gewährten Mittel Berlin zuzuleiten, da der Flüchtlingsstrom aus der Sowjetzone zur Zeit hauptsächlich in das Sammelbecken Berlin fließe. Ferner setzte sich Lemmer dafür ein, auch die nicht anerkannten politischen Flüchtlinge, die seit mehreren Jahren in Berlin leben, besonders die älteren Jahrgänge, in das Bundesgebiet zu fliegen. Gleichzeitig hat Lemmer Ministerpräsident Karl Arnold von Nordrhein-Westfalen ersucht, dafür zu sorgen, daß Nordrhein-Westfalen seine Verpflichtungen zur Aufnahme der in Berlin anerkannten politischen Flüchtlinge erfülle.

6. August 1952

C d Auschüsse

Kriegsopfer und Deutschlandvertrag

Da die Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen besonders daran interessiert sind, wie sich die deutsche Zukunft unter dem Deutschlandvertrag und der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft gestalten könnte, hatte der Kriegsoffiziersausschuß der CDU der Kreisparlei Düsseldorf seine Mitglieder zu einer Versammlung eingeladen, auf der Stadtverordneter J. L'Habitant über diese Probleme sprach. Er schilderte das Zustandekommen sowie Sinn und Aussichten dieses Vertragswerkes, das der Freiheit und Einheit Europas, dem Frieden und einer gesicherten Zukunft diene. In einer Aussprache, die der Vorsitzende Bender anregte, kam die vorbehaltlose Zustimmung aller zum Ausdruck. Der 2. Landesvorsitzende Rönneper sagte zum Schluß der eindrucksvollen Versammlung: „Es ist heute das Recht und die Ehrenpflicht der deutschen Kriegsopfer, in aller Öffentlichkeit die Leistungen auch der Menschen in Erinnerung zu bringen, die ihrer Einsatzbereitschaft für Europa wegen als z. T. „Kollaborateure“ verfolgt und geächtet sind. Es ist aber heute auch das unbestreitbare Recht unserer Kriegsopfer, Mitbestimmung über den Weg in ein geeintes Europa zu fordern, der für uns nur ein Weg in ein geeintes, gleichberechtigtes Deutschland sein kann. Mit unserem Abwehrkampf, mit dem im Osten bereits vergossenen Blut und dem hingebenen Leben unserer Angehörigen haben wir dieses Recht erwirkt. Wir aber haben unsere Pflicht, Europa vor dem Bolschewismus zu schützen, gemeinsam mit unseren Kameraden aus allen Ländern unseres Erdteils erfüllt!“

6. August 1952

Keine „fromme Insel“ mehr

Zum Abschluß der Lutherischen Weltbundtagung

Mit einem Dank für die bisherige Erhaltung des Weltfriedens, ausgesprochen durch den scheidenden schwedischen Präsidenten Bischof Nygren, und mit einem Bekenntnis zur Aufgabe der Kirche, Brücken christlicher Liebe zwischen West und Ost zu schlagen, wie sie „die Welt“ nicht mehr schlagen könne, schloß die Lutherische Weltbundtagung in Hannover ab. Diese Kundgebung war wohl die bisher stärkste Willensbekundung der lutherischen Kirche zur Wirkung in die Welt durch Verstärkung der Gemeinschaftsbindung. Vom ersten bis zum letzten Tage war die Kundgebung ein Zeugnis dafür, wie in der Gegenwart auch die lutherische Weltkirche keine „fromme Insel“ mehr sein will, sondern entschlossen ist, ihren von Gott her gegebenen Auftrag am Leben wahrzunehmen.

Die Persönlichkeit des neugewählten Präsidenten Bischof Lilje, dem auch der Bundeskanzler ein Glückwunschtelegramm sandte, bürgt dafür, daß dieser Auftrag angesichts der schweren Aufgabe seine wirkliche Erfüllung finden wird, ohne Furcht vor Bekenntnis und Stellungnahme, aber auch im ganzen Bewußtsein einer der Versöhnung und dem Frieden dienenden Verantwortung. Daß nun ein Deutscher die Würde und Bürde der Leitung dieser spürbar erstarkten Weltorganisation des Lutheriums trägt, zeigt über die hohe und allgemeine Wertschätzung der Persönlichkeit des niedersächsischen Landesbischofs hinaus, wie sehr das wiedererstehende Deutschland in dieser Zeit tiefgehender Spannungen, die eben im Schicksal Deutschlands besonders sichtbar werden, wieder mitgewertet und mitberufen ist für die Arbeit in der Gemeinschaft der von Deutschland her entstandenen lutherischen Kirchen.

Auch in der Organisation des Lutherischen Kirchenbundes zeigte sich das Bestreben, den Aufgaben der Zeit stärker noch als bisher gerecht zu werden. So wurden vier weitere Laienmitglieder in das Exekutivkomitee gewählt, darunter ein Deutscher. Ebenso sollen Jugend und Studenten eigene Sitze in allen Sektionen der Arbeit erhalten. Das Suchen nach der Einheit der Kirchen trat in dem vom Generalsekretär des Ökumenischen Rates erstatteten Bericht hervor, in welchem der Ehrgeiz, eine Art Gegenstück zum Vatikan zu werden, abgelehnt wurde. Das Zusammenwirken der Kirchen an sich wurde allerdings als die ernsteste Aufgabe der Zeit bezeichnet. Ein Vergleich mit den Bekundungen der katholischen Kirche zu den brennenden Fragen der Gegenwart zeigt, daß im Verhältnis der Kirchen zur Welt und ihrem Geschehen tatsächlich ein aus gemeinsamem letztem Auftrag kommendes Anliegen der Christenheit anzuerkennen ist.

Wie sehr und wie oft sich die Aufgaben der Kirchen in der Welt konkretisieren, trat auch auf der Tagung in Hannover deutlich hervor, wo u. a. das Problem der Heimatlosen und der Entwurzelung ganzer Völker als Gewissensanliegen empfunden wurde. In diesen und ähnlichen Fragen, die eine Grenzlinie staatlicher Machtanwendung gegenüber dem Menschen kennzeichnen, gibt es für die Kirche kein Ausweichen. Das zeigte sich gegenüber Versuchen der Vertreter der ungarischen

Kirche, mit Worten über Tatsachen hinwegzukommen. Der amerikanische Bischof Dr. Fry hat hier die Grenzen deutlich abgesteckt. Immer wieder hat sich die Tagung sehr sichtbar von dem Regiment der „Gewalthaber“ abgesetzt, deren Auftrag als Obrigkeit niemals anerkannt werden kann. Auch hier wieder wurde der gemeinsame Standort mit der kirchlich-katholischen Welt sichtbar, wie er sich in den Zeiten des Dritten Reiches praktisch erprobt hatte. Auch die unmittelbare Berührung mit den verschiedenen Problemen der Zeit ergab sich u. a. in einem Bericht des amerikanischen

Die Bundesregierung und die Koalitionsparteien können auch auf dem Felde der innerpolitischen Auseinandersetzung in der letzten Zeit auf eine ganze Kette von Erfolgen zurückblicken. Die Stellungnahme des Bundesrates zu einer Reihe entscheidend wichtiger Gesetzesvorlagen, wie neuerdings u. a. Lastenausgleich und Betriebsverfassungsgesetz, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtshofes gegenüber den Verfassungsbeschwerden und Feststellungsklagen der Opposition zeigen in ihrer Gesamtheit eine unbestreitbare Konsolidierung der Bundesrepublik und ihrer verfassungsmäßigen Regierung, eine Tendenz zu organischem Ausgleich der Gewichte innerhalb der vom Grundgesetz gegebenen verfassungsmäßigen Gewalt.

Es wäre auch nicht richtig, hier ohne weiteres von Siegern und Besiegten zu sprechen und ein Triumphgeschrei auszustößen, wo sich tatsächlich auf verschiedenen Seiten ein hohes Maß von Festigkeit und Zielsicherheit einerseits, von Verantwortungsbewußtsein andererseits gezeigt hat. Gewiß, die natürlichen Reibungen, wie sie sich in der Praxis immer aus neuen, unerprobten, auf dem Kompromißwege entstandenen Verfassungsmodalitäten ergeben, sind damit noch keineswegs überwunden. Unzulänglichkeiten und Hemmungen bestehen noch vielfach in der umfassenden Apparatur von Legislative und Exekutive, und über manche Bestimmungen und Einrichtungen ist noch nicht das letzte Wort

Der massive Angriff der SPD gegen das Bundesverfassungsgericht gibt zu Erwägungen Veranlassung, wie man die Autorität des höchsten deutschen Verfassungsgerichtes besser als bisher schützen kann. Den Urteilen des Gerichtes muß unter allen Umständen Beachtung und — Achtung gesichert werden. Hat seither schon eine wenig verantwortungsbewußte Opposition die Einrichtungen der Demokratie, Regierung und Parlament, bereits über alles Maß hinaus diskreditiert, so erwächst nun die Gefahr, daß auch die höchste Autorität der Rechtsprechung dieses Staates in Mitleidenschaft gezogen wird.

Was lag denn der Feststellungsklage zugrunde? Eine schwere Gefahr ist vom Staate abgewendet worden. Nachdem die Attacken gegen Regierung und Parlamentsmehrheit zu keinem politischen Erfolge führten, beschränkt die SPD den prozessualen Weg. Hätte das Verfassungsgericht der Feststellungsklage stattgegeben, so wäre damit ein Präjudiz geschaffen worden, das eine völlige Lahm-

Prof. Nolde, des Verbindungsmannes der UNO mit dem Weltrat der Kirchen,

Mit der Mahnung, der Christ solle seinem Staat in fröhlichem Dienst helfen, statt ihm alle Verantwortung zuzuschieben und ihn damit in die Rolle eines sozialen Wohlfahrtsstaates zu drängen, schloß Superintendent Kunst, der Beauftragte der EKD bei der Bundesregierung, seine Ansprache. Hier sprach ein Mann, der mitten im zentralen Raum der Bundespolitik steht, um den Auftrag der Kirche wahrzunehmen. Religion und Politik, Kirche und Staat sind in der Nachkriegszeit, das zeigte sich auch in Hannover wieder, in ein neues und, wie erhofft wird, fruchtbares Verhältnis zueinander getreten.

Innerdeutscher Ausgleich

gesprochen. Auch die Zweckmäßigkeit von Ergänzungen, wie sie z. B. als Bundeswirtschaftsrat zur Vorklärung gesetzgeberischer Aktionen mit den ständischen Gruppierungen ins Auge gefaßt sind, wird noch eingehender Erwägungen des Für und Wider bedürfen. Aber es hat sich doch gezeigt, daß der gute Wille zu staatspolitischer Gestaltung vielfach in der Bundesrepublik stärker ist, als man das vielfach erwartet hatte. So hat sich bisher und entgegen manchen hier geäußerten Befürchtungen die Position des Ministerpräsidenten des Südweststaates, Dr. Maier, in der Verantwortung gegenüber lebenswichtigen Entscheidungen der Bundesregierung tragfähiger erwiesen, als man vielfach angenommen hatte.

Diese Erfahrungen kommen auch der inneren Festigung der Regierungskoalition als solcher zugute, die in den großen Bundestagsdebatten in ihrer Geschlossenheit und auch in ihrer taktischen Beweglichkeit ein gutes Bild der Aktionsfähigkeit bot. Im Hinblick auf die kommenden großen Entscheidungen über die gesetzgeberische Festlegung und Anerkennung der Außenpolitik scheint hier, bei aller Berücksichtigung der Unsicherheitsfaktoren, doch eine gewisse Zuversicht am Platze. Es läßt sich ferner nicht verkennen und wird auch durch einen Blick in die Auslandspresse bestätigt, daß die Ergebnisse der letzten Zeit sich für die Bundesrepublik auch im außenpolitischen Bereich als wertvoll erweisen.

Das Recht blieb Sieger

legung der Gesetzgebungsmaschinerie zur Folge gehabt hätte. Man stelle sich vor, bei jedem Gesetz bestände die Möglichkeit, schon im Zuge der Legislatur seine Verfassungsmäßigkeit nachprüfen zu lassen in Verfahren, die der Natur der Sache nach durchweg Monate oder vielleicht sogar Jahre in Anspruch nehmen — erinnern wir nur an die Petersbergklage! Kein einziges Gesetz würde nach diesem Verfahren einigermaßen rechtzeitig verkündet werden können, ja, man könnte sogar mit solchen Methoden bei einiger Geschicklichkeit Gesetze am laufenden Band einer neuen Legislaturperiode zuschieben. Das hieße, der Obstruktion geradezu alle Waffen in die Hand zu geben.

Es ist erstaunlich, wie wenig die Männer der SPD aus der Geschichte der letzten 25 Jahre gelernt haben. All das, was die SPD heute an politischer Obstruktion versucht, haben wir doch mit ähnlichen oder auch anderen Vorzeichen erlebt und die Folgen buchstäblich am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Wie nach solchen Erfahrungen

eine sich demokratisch nennende Partei noch zu diesen Mitteln greifen kann, ist völlig unverständlich.

Das Karlsruher Urteil läßt — und das ist es, was die SPD anscheinend ganz übersieht oder übersehen will — der verfassungsrechtlichen Kontrolle noch alle Möglichkeiten. In einer echten Rechtsbelehrung weist die Urteilsbegründung sogar ausdrücklich auf

diese Möglichkeiten hin. Man möchte beinahe glauben, die Erklärung der SPD sei ohne Kenntnis dieser Urteilsbegründung zustande gekommen — lediglich im ersten Schreck über eine weniger juristische als vielmehr politische Niederlage. Liest man aber die Urteilsbegründung, so hat es in Karlsruhe nur einen Sieger gegeben, nämlich das Recht. Diesem, und nur diesem ist die SPD unterlegen — und das ist gut so!

Briefe von drüben

Wir veröffentlichen aus der großen Anzahl von Briefen, die den Bundeskanzler aus der sowjetisch besetzten Zone erreichen, zwei weitere Beispiele.

„So sieht der Sozialismus aus“

„Wenn ich heute an Sie diese Zeilen schreibe, so tue ich es nur, weil ich ein gehorsamer Diener des Ostsektors bin. Sie werden es ja ohnehin allein wissen, wie herrlich es in unserem Ostsektor ist. Sieben Jahre sind ins Land gegangen und noch immer kein Frieden. Wir wissen es ja auch, daß unsere „Freunde“ es sind, die alles sabotieren. Darum wollen sie keine freien geheimen Wahlen. Wer hat den Piek überhaupt gewählt? Das Volk bestimmt nicht. Und wie es in der Wirtschaft aussieht, auch das werden Sie wohl wissen. Wir haben noch immer Fleisch- und Fett- und Butterkarten, wo doch soviel Butter von unseren Freunden kommen soll. Zucker, Eier, alles geht nach dem Ausland und das andere in die H.O., auch fehlt es an Radioröhren, Fahrradbereifung, Pedalen, Nägeln, Leib- und Bettwäsche. Die Betriebe arbeiten Tag und Nacht, aber alles für unsere „Freunde“. Ein sozialistisches Deutschland soll es sein, aber nicht nur Klassen-Lebensmittelkarten (Zusatzkarten alles nach Klassen). Die Prämienverteilung bekommen nicht alle sondern nach Klassen und die letzte Gehaltserhöhung besagt alles: für die 4 unteren Klassen nicht ein Pfennig Lohnerhöhung. Dafür ködert man die Intelligenz mit Tausenden. So sieht der Sozialismus aus. Wir wissen, daß in allen Zeitungen, Zeitschriften, Illustrierten nichts wie eine Hetze ist gegen den Westen. Aber, werter Herr Dr. Adenauer, sind Sie unbesorgt, 90% wollen diese Hetze nicht. Wir wollen von dem Sowjetland nichts wissen. Sieben Jahre haben sie uns ausgehungert und ausgeplündert, ich glaube wohl kaum, daß der Ami die zweite Gleisstrecke abgerissen hat, daß er die Frauen vergewaltigt und alles weggestohlen hat. Halb Deutschland haben sie uns genommen. Werter Herr Dr. Adenauer, wir lassen auch Herrn Dr. Schumacher grüßen. Sagen Sie ihm, die ganze Ostzone hofft auf Adenauer. Wir wollen alle geheime freie Wahlen, keine sowjetische Circus-Wahlen. Wir hoffen auf eine demokratische Regierung und auf ein freies Deutschland.“

Die Schaukelpartei

„In der Ostzone wohnend, kann ich Ihnen natürlich weder meinen noch die Namen von 8 anderen „Ostlern“ nennen, mit denen ich bei dem im Westsektor wohnenden W. Kr., auf dessen freundliches Angebot ich Gelegenheit nahm, die heutige Bundestags-Sitzung von Anfang bis Ende am Radio mitanzuhören. Wir bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir beim Anhören der SPD-Reden zur folgenden Überzeugung gekommen sind: Für Vortrag von Prof. Carlo Schmid hatte überhaupt nichts Konkretes

aufzuweisen und war deshalb so nichts-sagend wie möglich. Wenn man auch an ganz wenigen Stellen seiner Rede ganz geringfügig mit dem Kopf nicken konnte, sei hiermit eindeutig festgestellt, daß sich die SPD-Redner immer mehr als Steigbügelhalter der SEDisten und somit der Sowjets entpuppen, was mitunter (schon frühere Reden) bei vielen Zuhörern direkt den Anschein erweckt, als ob man bezahlte Agenten (oder Rückversicherer) Moskau sprechen zu hören glaubt. Man schiebe derartige Redner samt Kommunisten beizeiten in die Ostzone ab.

Die SPD entwickelt sich immer mehr zu einer „Schaukelpartei“, die überhaupt nicht weiß, was sie will, und nach dem Prinzip zu politisieren scheint: „wasch mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß“. Anscheinend hat sie das heutige 51. Veto von Malik im Sicherheitsrat sowie sämtliche sonstigen Verhandlungstaktiken (Kontrollrat, Österreich, Korea, Antwort an die UN-Delegation für freie Wahlen usw.) verschlafen. Denn daß die Sowjets auf dem bloßen Verhandlungsweg freie Wahlen in Berlin und in der Ostzone nicht zulassen, müßte wohl mittlerweile der beschränkteste SPD-Politiker begriffen haben. Prof. Carlo Schmid wird sich vielleicht an das alte lateinische Sprichwort erinnern: „si vis pacem, para bellum“. Auf die gegenwärtige Zeit umgelegt, heißt das: Je stärker der Westen, je weniger die Gefahr eines Krieges...

SPD - KPD - FSU

Aus Solingen wird uns als Beispiel für rücksichtslose Parteibuch-Politik der SPD in den Kommunen mitgeteilt:

Unter Ausschaltung des Berufsbeamten-tums und der fachlichen Eignungsvoraussetzungen wurden von der SPD, KPD und FSU bestehenden Mehrheit drei Beigeordnete gewählt, obwohl eine zwingende Vorschrift besteht, daß solche Stellen ausgeschrieben werden müssen. Es handelt sich um zwei SPD-Vertreter und einen FSU-Vertreter. Von CDU-Seite wurde festgestellt, daß die Ansicht der SPD, es handle sich um politische Dezementen und nicht um Fachdezementen, der alten und der neuen Gemeindeordnung widerspreche. Auch der frühere SPD-Innenminister Dr. Menzel vertrete diese Meinung, Beigeordnete seien nur der verlängerte Arm des Stadtrates, die ohne parteipolitische Bindung fachlichen Rat geben sollten. Die Haltung der SPD, die mit der Tendenz zum Parteibuchbeamtentum schon einmal vor 1933 das Vertrauen zum Staat untergraben hat, bedeutet nach Ansicht der CDU Verzicht auf Qualitätsauswahl und eine Diffamierung sachlich vorgebildeter Beamter. Gegen das diktatorische Vorgehen des Linksblocks erhoben CDU und FDP starken Protest.

Weiter SRP in Niedersachsen?

Die einstweilige Verfügung des Bundesverfassungsgerichts gegen die SRP wirft im Hinblick auf die in Niedersachsen bevorstehenden Kommunalwahlen die interessante Frage auf, ob und in welcher Form sich diese Partei daran wird beteiligen können.

Wie die „Niederdeutschen Stimmen“ aus dem Niedersächsischen Innenministerium hören, schließt die einstweilige Verfügung nicht die Möglichkeit aus, daß die SRP Kandidaten aufstellt, aber jedwede Betätigung dieser Kandidaten und die Propaganda für sie würde unter das Verbot fallen.

Nachdem sich die Landtagsfraktion der SRP unter dem Vorsitz von Graf Westarp in „Fraktion unabhängiger Deutscher“ umbenannt hat, vermuten politische Beobachter mit guten Gründen, daß sich hinter dem noch geschlossenen Auftreten der Fraktion gegenüber der Öffentlichkeit doch erhebliche Spannungen verbergen. Es wird z. B. behauptet, daß die Neigung einzelner Abgeordneter zum Ausscheiden aus der SRP nicht erst seit dem Prozeß vorhanden ist, sondern durch das autokratische Schalten und Walten des Fraktionsvorsitzenden verursacht worden sei, der sich gern für den prädestinierten westdeutschen Außenpolitiker hält.

Aus dem bisherigen Verlauf des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht glaubt man in politischen Kreisen in der Landeshauptstadt entnehmen zu können, daß das Bundesverfassungsgericht wahrscheinlich die Rechtmäßigkeit der SRP-Mandate im Niedersächsischen Landtag nicht außer Kraft setzt; dagegen erscheint es durchaus wahrscheinlich, daß in dem für September zu erwartenden Urteil ein Verbot der Partei ausgesprochen wird.

Kultusminister Voigts Mißerfolg

Der Versuch des sozialdemokratischen Niedersächsischen Kultusministers Voigt, im Rahmen eines neuen Schulverwaltungs-gesetzes die Konfessionsschulen in Niedersachsen, die durch die Verfassung geschützt sind, abzuschaffen und überall die sogenannte Gemeinschaftsschule einzuführen, ist für die nächste Zeit gescheitert. Die energischen Proteste beider christlicher Konfessionen haben also gewirkt. Nach vorliegenden Informationen wird sich die Landesregierung darauf beschränken, die finanzielle Seite des Schulwesens durch einen neuen Gesetzentwurf zu ordnen.

Wie zu erwarten gewesen, hatten sich die von der Sozialdemokratie stark beeinflussten Lehrgewerkschaften für den Plan ihres Parteigenossen Voigt ausgesprochen, jedoch änderte diese Stellungnahme nichts an der großen Verstimmung in der Bevölkerung, der sich die Landesregierung mindestens für absehbare Zeit fügen muß. Andererseits ist nicht daran zu zweifeln, daß die Voigtschen Absichten aufrecht erhalten bleiben. Bisher sind weder der Ministerpräsident noch der Kultusminister offiziell davon abgerückt.

Die endgültige Formulierung der erwähnten Gesetzesvorlage wird gegenwärtig in Besprechungen zwischen dem Kultusministerium, den Bischöfen beider Konfessionen, den kommunalen Spitzenverbänden, dem niedersächsischen Erziehungsbeirat und den Lehrerorganisationen diskutiert.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, Bonn, Blücherstr. 14. Redaktion: Bonn, Pressehaus IV am Bundeshaus, Schließfach 102 Druck: Buch- u. Verlagsdruckerei L. Leopold, Bonn.